

#Teil 16_16.50#

Ein Problem haben wir gelöst, eine gelbe Karte haben wir noch - auf diese warten wir jetzt. Ich bitte alle anderen, die nicht mit dem Lösen dieses Problems befasst sind, sich zu setzen. Ich möchte die Teilnehmer, die hier vorne auf der Bühne sitzen, bitten, sich auf die vorderen Plätze zu begeben, damit wir unserem Gast, der gleich noch reden wird, gut folgen können.

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz betritt den Saal.

Wir begrüßen den Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Robert Habeck. Wir werden ihm gleich das Wort erteilen. Wir bringen zuerst die Abstimmung zu Ende, in der wir uns gerade befinden.

Es wird ein schwarzes Post-Zeichen in den Saal getragen.

Wir möchten euch bitten, zumindest hier in der Mitte die Plakate zurzeit noch etwas niedriger zu halten. Wir müssen sehen, ob hinten die Probleme gelöst sind oder nicht, ob wir die Abstimmung schließen können oder nicht. Gerade im mittleren Block, bitte, lasst uns den Blick frei auf die letzte Problemstelle, die wir hier noch mit der Abstimmung haben. - Danke.

Alles klar, das Problem ist gelöst. Dann schließe ich die Abstimmung.

Also: 323 Delegierte sind der Antragskommission gefolgt, (Jubelnder Beifall) 507 waren dagegen, 40 haben sich enthalten. Wir unterbrechen jetzt an dieser Stelle die Antragsberatung (starker Beifall) und erteilen das Wort dem Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Herrn Dr. Robert Habeck. Herr Dr. Habeck, Sie haben das Wort.

Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz (Beifall und einzelne Buhrufe)

Vielen Dank! Ich glaube, ich bin jetzt kurz hinter dem Bergfest dieser langen Veranstaltung. Ich komme von der Partei mit einer anderen Farbe, und wir sind immer halb stolz und halb genervt, dass unsere Parteitage drei bis vier Tage dauern. Das, was Sie hier machen, ist noch eindrucksvoller. Zwischen Hubertus Heil und mir muss der Höhepunkt, also das Bergfest dieser Veranstaltung gelegen haben.

Danke für diese politisch aufregende Veranstaltung, die es weit, weit über den medialen Raum hinaus nach Deutschland geschafft hat und viel Kraft und gute Kondition für die letzten zwei oder drei Tage, die Sie noch in dieser wunderschönen Halle mit dieser herrlichen Aussicht auf den blauen Berliner Himmel haben. (Heiterkeit)

Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Frank Werneke! Liebe Frau Hörig! Erst einmal herzlichen Glückwunsch zur Wahl bzw. zur Wiederwahl mit starken Ergebnissen, mit starken Reden. Alles Gute für die nächste Amtszeit, die nächste Periode. Ich habe gerade gehört - so wurde es mir gesagt, ich habe es nicht überprüft, Frank sagte es gerade -, ich bin der erste Wirtschaftsminister, der auf einem ver.di-Kongress redet. In diesem Sinne: auf gute Zusammenarbeit! (Beifall)

Es mag einen Grund haben, dass ihr mich eingeladen habt. Ich bin vielleicht der erste Wirtschaftsminister, der für höhere Mindestlöhne ist und es vernünftig findet, dass mit der Inflation auch die Gehälter der Beschäftigten steigen. (Beifall)

Bedanken - wenn es mir zusteht, mich zu bedanken oder Sie zu beglückwünschen - möchte ich mich allerdings bei denjenigen, die hier ehrenamtlich tätig sind. Ich hoffe, die Hauptamtler sehen es mir nach. Ich habe es schon gesagt: So ein Grundgefühl, was es heißt, viele Tage in dieser Halle zu sein, habe ich ja, und ich will einmal sagen: Ohne Menschen, die das freiwillig tun - denn das ist besonders - funktioniert keine Gewerkschaft, funktioniert kein Verein, funktioniert dieses Land nicht. Dass das Ehrenamt so viele Menschen findet, dass Sie das Ehrenamt so bereichern, ist tatsächlich nicht nur ein Dienst in der Sache von ver.di und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern tatsächlich ein Dienst an dem Land, an dem Gemeinwohl. Hier, in diesem Land, ist es eine große Leistung, über den eigenen Schatten hinauszutreten, für andere das Wort zu ergreifen, für andere das Sitzfleisch aufzubringen und diese Veranstaltung durchzuführen. Also: Vielen Dank dafür, dass Sie sich das - darf ich das sagen? - zumuten, denn so lustig es ist: Nur lustig ist es auch nicht. (Beifall)

Damit bin ich bei dem, womit ich einsteigen möchte, bevor ich - wie es wahrscheinlich erwartet wird - ein paar Sätze zur wirtschaftlichen Lage, zu den politisch anstehenden Entscheidungen sage. Ich habe es schon gesagt, dass das Ehrenamt für mich unmittelbar verbunden ist mit dem Gemeinschaftsgut, das wir in diesem Land halten und vielleicht in Zeiten wie diesen hochhalten müssen. Dass Menschen sich engagieren für ihre Gemeinschaft, für ihre Gesellschaft, das ist ein tatsächlicher Beitrag am Gemeinwohl in Deutschland. Vielleicht darf ich den Gewerkschaften insgesamt sagen - und das ist politisch gemeint -, dass Ihr, dass euer Beitrag in diesen Zeiten nicht hoch genug zu schätzen ist.

Worüber ich gleich reden möchte, ist, was die tiefere Ursache für populistische - in diesem Fall rechtspopulistische - Tendenzen ist. Frank hat in seiner Rede in selten gehörter Deutlichkeit den Kampf gegen den Faschismus betont. Kampf gegen den Faschismus - hier von diesem Pult aus, in diesem Ton - das war eine sehr, sehr starke Nachricht, für die ich mich ausdrücklich bedanke, für die Klarheit und für die Deutlichkeit. (Beifall)

Aber es geht über die Person eines starken Vorsitzenden hinaus. Ich will gleich über Arbeit, den Wert und die Würde von Arbeit reden, die aus meiner Sicht ein Teil der Erklärung ist, warum wir im Moment in diesen schwierigen, politisch aufrührenden Zeiten leben.

Aber dass die Gewerkschaften selbst, die Organisationsform der Gewerkschaften, eine Antwort auf Verunsicherung, auf Vereinzelung, auf möglicherweise Rückzug, aber auch auf politische Populismen geben, das ist für mich offensichtlich und in den Tagen jetzt zu beobachten.

Die Post-Leute haben es gerade deutlich gemacht (Zuruf: Ja!) - natürlich; der Punkt ist: Wir erleben in vielen Bereichen - von der Stahlindustrie, IG Metall bis zur Chemie-Industrie, IG BCE, über die Post und dann zu ver.di - Wandel, Veränderung. Die Produktionsformen ändern sich, die Märkte ändern sich. Natürlich ist mit dem Vordringen der Digitalisierung erst einmal ein objektives Problem - oder eine Veränderung - verbunden, weil auf der einen Seite Briefe weniger werden, auf der anderen Seite Pakete mehr werden und das Geschäftsmodell umstrukturiert werden soll.

Deswegen: Ja, ich danke für die Ermahnung, darauf zu achten, dass die Beschäftigungsbedingungen, vor allem die Marktbedingungen für die Teilnehmer fair sind - und „fair“ heißt: keine Ausbeutungsverträge im Zustellungsbereich noch zu belohnen. (Beifall) Gerade im Paketbereich haben wir es gesehen, dass Mitbewerber - wenn man sie so nennen darf - versuchen, den Markt mit Dumpingpreisen zu erschließen. Das gehört sich nicht. Das gehört sich nicht für die soziale Marktwirtschaft, und das gehört sich nicht für Deutschland. Die Ermahnung ist angekommen.

Der Punkt ist allerdings: Wandel und Veränderung - und damit eine Zumutung verbunden - ist überall. Meiner Ansicht nach sind es die Gewerkschaften, die mithelfen, den Wandel zu organisieren. Ich habe in so vielen Veranstaltungen erlebt, dass dort, wo gewerkschaftliche Organisationsgrade hoch sind, die Zumutungen, die mit Veränderungen verbunden sind, eben nicht in Populismus und wüste Reden, in den Rückzug oder in die Ablehnung von Demokratie umschlagen, sondern umgekehrt in Beteiligung, in starke Stimmen, in Einmischung münden. Deswegen: In Zeiten wie diesen sind Begriffe wie „the Union“, die Vereinigung, wörtlich zu nehmen. Gewerkschaften sind ein unmittelbarer Bestandteil einer Antwort auf grassierenden Populismus. Das, finde ich, wird in letzter Zeit zu wenig gesehen. Ich will das an den Beginn meiner Rede stellen. (Beifall)

Wir haben, meiner Ansicht nach, Zeitenwende nicht nur, weil wieder Krieg in Europa ist - so hat es der Bundeskanzler in seiner Rede im Bundestag intoniert -, sondern die Zeit, die wir gerade politisch erleben, durchstehen und gestalten müssen, geht über einzelne Phänomene - so fürchterlich sie sein mögen - hinaus. Wir erleben - so meine Analyse - einen populistischen Aufschwung überall, nicht nur in Deutschland mit einer Ampelregierung. Wir erleben es in den alten westeuropäischen Staaten, in den neu zur Europäischen Union hinzugekommenen osteuropäischen Staaten. Wir erleben es auf der rechten Seite des Pazifiks und auf der anderen Seite der globalen Welt. Wir erleben es im Süden, wir erleben es im Norden, wir erleben es in föderalen Systemen, in präsidentialen Systemen. Wir erleben es in Regierungen, wo die Grünen beteiligt sind, und wir erleben es in Staaten, wo die Grünen überhaupt keine Rolle spielen. Es kann

also nicht nur etwas mit Einzelphänomenen zu tun haben. Damit sage ich nicht, dass einzelne Debatten, einzelne Gesetze, einzelne Aufregungspunkte nicht immer eine Rolle spielen - es wäre naiv, es nicht zu sehen oder zu thematisieren. Aber ich glaube, die Zeitenwende unserer Zeit geht darüber hinaus. Sie hat viel mit der Frage von sozialem Zusammenhalt, sozialer Gerechtigkeit, sozialer Teilhabe und dem Wert und der Würde von Arbeit zu tun. Die Globalisierung, wie wir sie kannten, hat zu Wohlstandsgewinn für viele und zu Verlusten von einigen geführt. Diese Verluste von einigen sind aber immer mit dem Gedanken der Selbstoptimierung einhergegangen: Du kannst es schaffen, du musst dich nur anstrengen. Es blendet aber völlig aus, dass wir in gesellschaftlichen Zusammenhängen - einige hätten früher gesagt, in Herrschaftsverhältnissen - leben, wo die Startbedingungen eben nicht immer gleich sind. Wie viel Einkommen die Eltern haben, welche Schule du besucht hast, welchen Grad die Universität hat, ob du überhaupt zur Universität gehen konntest - das ist nicht in der Verfügbarkeit des Einzelnen alleine gegeben, sondern es hängt viel mit den gesellschaftlichen Strukturen zusammen. Diese gesellschaftlichen Strukturen sind überblendet worden von dieser Erzählung: „Jeder kann es schaffen, wenn man sich nur richtig anstrengt.“ Das wiederum hat dazu geführt, dass wir uns in einem System verständigen, wo Arbeit - händische Arbeit, vom Handwerk bis zur Dienstleistung - nicht immer die Anerkennung gefunden hat, die sie verdient. Und Anerkennung erfolgt durch Arbeit. Eine Gesellschaft integriert durch Arbeit ihre Mitglieder in die Gesellschaft. Wenn aber von einem Ende der Arbeit gesprochen wird, wenn Robotisierung, künstliche Intelligenz, Auslagerung von Arbeitsverhältnissen in prekäre Jobs der Standard sind, wenn das den Diskurs beherrscht, darf man sich nicht wundern, dass diejenigen, die arbeiten, irgendwann enttäuscht sind, zornig werden, sich zurückgesetzt fühlen. Wenn das noch einhergeht - das sind erst einmal nur Beschreibungen - mit tatsächlichen sozialen Umverteilungsfragen, dann wird es ein Problem.

Deutschland ist, was das Einkommen angeht, nicht gleich, aber, was die Vermögensverteilung angeht, eines der ungleichsten Länder in Europa und in der Welt. (Beifall)

Wenn dann in so eine Phase, wo Vermögen vererbt wird, wo Arbeit mit Abgaben und Steuern hoch belastet wird, aber Eigentum und Vermögen vergleichsweise gering belastet wird, hohe Inflation kommt, die täglichen Lebenskosten gerade im unteren Einkommensbereich kaum noch oder gar nicht mehr zu halten sind, weil Lebensmittel zu teuer werden, weil Energie teuer wird - und das ist ja immer das erste, was man sich leisten muss: die Familie ernähren, das Haus erwärmen und die Geräte elektrisch betreiben -, dann darf man sich nicht wundern, dass aus der abstrakten Debatte, die Arbeit entwertet, ohne dass wir es wirklich gespürt haben, eine konkrete Frage wird: Wie gerecht geht es eigentlich in Deutschland zu?

Das, meine ich, ist ein Teil der Erklärung, warum wir überall Enttäuschung und Zorn erleben; und ein Teil der Antwort muss sein, dass Arbeit seine Würde bekommt und dass die Integration, die Anerkennung durch Arbeit, erfolgt. Das ist ein politischer Auftrag, der bedeutet, dass die Arbeit möglichst attraktiv sein soll, dass Menschen, die arbeiten, möglichst viel davon haben sollen, dass es gute Arbeits-, Angestellten- und Beschäftigungsverhältnisse gibt und dass wir umgekehrt vielleicht irgendwann einen Teil des Kapitals, das ja an anderer Stelle da ist und nicht unbedingt aus Arbeit, sondern vielleicht aus einer Erbschaft stammt, stärker belasten. (Beifall) Das, meine ich, die soziale Frage im Kern, ist ein Großteil der Erklärung dessen, was hier gerade passiert, global, aber auch in Deutschland.

Nun sind die politischen Möglichkeiten so, wie die politischen Möglichkeiten sind. Aber ich denke, Hubertus wird es gesagt haben: In den Möglichkeiten, die wir haben, werden wir das unsere tun. Wir reden davon, dass wir das Tariftreuegesetz jetzt schnell in die Kabinettsbefassung bringen und es dann, wie es im Koalitionsvertrag verabredet ist, auch umsetzen; dass wir unseren Beitrag dazu leisten, dass gute Arbeit auch zu einer guten Absicherung im Alter führen wird; dass wir dafür sorgen, dass diejenigen, die in prekären Verhältnissen sind, sozial nicht alleingelassen werden.

Es sind schon Schritte, die wir gehen. Es sind vielleicht nicht die Schritte, die ver.di in seinem Programm fordert oder die der Vorsitzende in den Interviews anmahnt. Es sind eben die Bedingungen, unter denen Hubertus Heil oder ich Politik machen müssen. Dass wir aber wollen, dass Arbeit anerkannt, auch steuerlich und gesetzlich anerkannt wird, das ist ein Versprechen, das wir beide hier gegeben haben, und ich schließe mich dem, was Hubertus vermutlich hier gesagt hat, eindeutig an. (Beifall)

Ich will auch zu dem Punkt kurz etwas sagen, von dem ich weiß, dass er hier in diesem Saal kritisch gesehen wird: der Industriestrompreis. Ich habe jedenfalls ver.di-Stimmen gehört, die sagen: Das ist nicht unser Hauptanliegen. Für mich ist es deswegen ein wichtiges Projekt, weil es ein Industriearbeiter- oder Industriearbeiterinnenstrompreis ist. Es sind eben auch Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, Blue-Collar-Jobs in den energieintensiven Unternehmen. Und wenn Sie sich anschauen, wie die Produktionskurven in Deutschland im Moment verlaufen: Die industrielle Produktion ist zackend, aber insgesamt stabil. Die energieintensiven Produktionen sind ungefähr minus 20 Prozent unter dem allgemeinen Durchschnitt. Das ist die Konsequenz von teurer Energie. Die teure Energie ist eine Konsequenz aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Ich habe eure Schilder gesehen. Ich schwöre, ich wünsche mir Frieden in Europa, aber Frieden in Europa darf man nicht damit verwechseln, dass ein Frieden ohne Friedensordnung nur die Vorbereitung des nächsten Angriffskrieges ist. (Beifall) Ich würde mir wünschen, dass dann auch mit der gleichen Vehemenz der Frieden von denjenigen gefordert wird, die diesen Krieg verursacht haben, und es sind in diesem Falle, denke ich, eindeutig Wladimir Putin und die Trolle um ihn herum.

Für mich ist die Würde der Arbeit auch ein Auftrag, industrielle Produktion in Deutschland zu sichern und Deutschland nicht industriell zu einem Empfängerland werden zu lassen. Das ist antizyklisch. Das will ich offen sagen. Es ist nicht die reine Lehre der Marktwirtschaft. Andere werden auch in Zukunft immer günstiger bestimmte Grundstoffe oder Vormaterialien produzieren können. Aber wir haben in der Vergangenheit gelernt - jetzt in den letzten zwei Jahren und davor, in der Corona-Pandemie -, schmerzlich gelernt, dass eine gewisse Souveränität über die eigenen wirtschaftlichen Prozesse, Wirtschaftssicherheit, ein unabdingbares Gut ist und dass wir gegen die reine Lehre des Marktes bereit sein müssen, zur Wirtschaftssicherheit, zur Stabilisierung von Wohlstand in diesem Land, auch Schritte zu gehen, die vor 10 oder 20 Jahren als unökonomisch dargestellt worden wären. Ich glaube, dass die Zeitenwende, von der ich rede, die viel mit der teilweisen Entwürdigung von Arbeitsverhältnissen zu tun hat, eben auch ein Auftrag ist, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik neu zu denken. Das ist der tiefere Sinn des Energiestrompreises. Natürlich wird Stahl in Zukunft irgendwo grün sein und dann auch hier

verarbeitet werden können, aber ich möchte gerne, dass er hier grün gemacht wird und dass die Kollegen, die bei Thyssenkrupp arbeiten, daran teilhaben. Und das gleiche gilt für die chemische Industrie und die Aluminiumindustrie.

Ich denke, dass wir da eigentlich zusammen kommen können, wenn es kein Verteilungskampf allein ist. Wenn man sagt, das Geld geht dahin, aber nicht zu uns, dann wird es natürlich schwierig, aber die Standorte zu sichern, heißt ja, auch in den Dienstleistungsberufen, auch in den Bereichen, wo ver.di stark ist, Arbeit zu sichern. Die Leute, die in den Unternehmen arbeiten, die Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter, auch sie fahren Bus, auch sie bringen ihre Kinder zur Schule, auch sie bringen ihre Kinder zum Kindergarten, auch sie gehen zum Friseur oder zur Friseurin. Das heißt, wir brauchen Wertschöpfung, um den Wohlstand in Deutschland stabil zu halten, ja, um den Wohlstand zu erneuern in Deutschland. Das ist mein Appell: die anderen auch zu sehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Um dabei nicht halt zu machen: Wir sind in einer konjunkturell schwierigen Lage. Das ist ohne Frage so. Diese konjunkturell schwierige Lage hat verschiedene Gründe, die viel mit dem Erfolg der Vergangenheit zu tun haben. Deutschlands Wohlstand beruht in weiten Teilen auf dem Export von Wirtschaftsgütern. Der Export braucht Exportmärkte. Einer der großen Märkte war und ist China. Wenn China schwächelt oder politische Probleme macht, dann hat das unmittelbare Auswirkungen auf den deutschen Wohlstand. Andere Regionen wären ebenfalls zu nennen. Ich habe es schon gesagt: Die deutsche energieintensive Industrie war stark und stärker als in anderen Regionen in Europa, weil sie günstige Energie kaufen konnte. Diese günstige Energie kam aus Russland. Sowohl das Verhältnis zu China wie zu den globalen Märkten als auch die günstige Energie aus Russland - alles verändert sich. So schnell wird es nicht wieder kommen - wahrscheinlich gar nicht -, und im Schatten von China als Absatzmarkt und günstiger Energie aus Russland haben wir in Deutschland teilweise nicht genau hingeguckt, wie wir Dinge besser machen können und besser machen müssen. Das heißt: Genehmigungsverfahren, digitale Verfahren, all das muss einziehen in die Selbstverständlichkeit einer Volkswirtschaft. Das ist liegengeblieben. Ich wundere mich da manchmal über die Reden der Opposition, als ob das Problem nur im letzten halben Jahr entstanden wäre. Die Grundentscheidungen, die zu diesem Problem geführt haben, liegen Jahre, teilweise Jahrzehnte zurück. Vielleicht ist es auch gar kein Fehler, dass sie so entschieden wurden. Rückwirkend kann man natürlich sagen, das war ziemlich blind und einseitig. Aber natürlich haben wir alle von dem Wohlstand, der damit einherging, profitiert.

Worüber ich eigentlich sprechen will, ist die Gesprächs- und Debattenkultur in diesem Land. Vielleicht ein letzter Dank: Ich fand und finde es großartig, dass Sie Kollegen aus der Ukraine hier eingeladen haben. Das ist ein starkes Zeichen, ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine, aber vielleicht auch eine Erinnerung daran, was für Debatten wir hier führen. Diese Leute verlieren täglich ihre Väter und Söhne an der Front, und der Krieg ist Alltag geworden in den Familien in der Ukraine. Vielleicht gemahnt es uns alle, ein bisschen innezuhalten und zu schauen, wie wir miteinander über unsere Probleme reden. Es gibt Regionen - und die Ukraine gehört dazu -, die ganz anderes auszuhalten haben. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Um diese Schwäche zu überwinden, bedarf es, erstens, Investitionen, Investitionen von Unternehmen sowie privatem Konsum natürlich von Bürgerinnen und Bürgern, die aber in Zeiten von hoher Inflation, die das Einkommen auffrisst oder die unternehmerischen

Kalkulationen zunichtemacht, stimuliert werden können oder müssen durch staatliche Aktivität. Das tun wir in der Bundesregierung und ich im Wirtschaftsministerium so gut, wie wir es können. Der Haushalt, der gerade beraten wird, sieht Investitionsimpulse von 100 Milliarden Euro vor, über verschiedene Programmtitel verteilt. Mehr wäre besser, und andere machen auch mehr, aber das sind die Bedingungen, unter denen wir im Moment Politik machen. Diese Investitionen wiederum müssen einhergehen mit der Auflage von guter Arbeit bzw. gut bezahlter Arbeit. Auch das habe ich schon angesprochen. Das ist reale Politik, von den Vergaberichtlinien bis zu einem potenziellen Industriestrompreis, dass tarifliche Bindung immer mitgedacht und immer mit berücksichtigt wird, wenn wir staatliche Gelder - die ja am Ende Gelder der Gemeinschaft, der Gesellschaft, also Steuergelder - sind auszahlen. Diese Gelder sollen dann - und das ist das ökonomische Wunder sozusagen - natürlich dazu führen, dass sie insgesamt zu mehr Wachstum und zu mehr Wohlstand führen, denn sie werden verausgabt.

Ich wundere mich immer, dass bei dem Streit über Kindergrundsicherung, die Erhöhung des Mindestlohns oder auch die Erhöhung von Bürgergeldsätzen nicht gesehen wird, dass im unteren Lohnbereich im Grunde das ganze Geld konsumiert wird. Ich habe eben schon erwähnt - Sie kennen die Zahlen wahrscheinlich -, dass 1 Prozent der Deutschen 20 Prozent des Vermögens in Deutschland besitzen und die unteren 30, 40 Prozent nur einstellige Prozentzahlen besitzen. Wenn wir im Moment eine konjunkturelle Nachfrageschwäche haben, sind all diese Maßnahmen nicht Almosen oder herausgeworfenes Geld, sondern sie sind ein Beitrag, die Konjunktur wieder zum Laufen zu bringen. Es ist erstaunlich, dass das nicht gesehen wird. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gehen an dieser Stelle tatsächlich Hand in Hand (Beifall), so wie das Arbeits- und das Wirtschaftsministerium im Moment Hand in Hand arbeiten.

Um es zusammenzubringen und beim großen Bild anzufangen: der Verteilungsfrage, der Anerkennungsfrage, der Würde durch Arbeit, der sozialen Gerechtigkeit, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht ausreichend gesehen wird, die das Auseinanderklaffen von Einkommen und Vermögen zunehmend zu einem Problem haben werden lassen. Um es zusammenzubringen zu einem Leitbild: Ich glaube, Wertschöpfung und Wertschätzung sollten wieder das gleiche sein, Arbeit und Anerkennung, Markt und Soziales, Wandel und Sicherheit. Und es sind im politischen Raum, im politischen Diskurs, zu häufig Gegensätze. Die Frage wird sein: Wie schaffen wir aus Gegensätzen neue Lösungen? Wie kämpfen wir, aber versöhnen uns auch wieder? Wie bringen wir Unterschiedliches zusammen?

Ja, es gibt diese Beschreibung von Stadt und Land, von „die da oben“ und „die da unten“, die Bundesregierung und die Länder, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, die Männer und die Frauen. Die Welt baut sich aus Gegensätzen, aus Polaritäten auf. Aber so ist die Wirklichkeit in Wahrheit gar nicht. Und wenn es so wäre, wäre das nicht eine Beschreibung des Status quo, sondern ein Arbeitsauftrag, aus Gegensätzen Spannungsverhältnisse und aus Spannungsverhältnissen neue Lösungen zu machen. Wir haben dieses Leitbild in Deutschland eigentlich gefunden, es heißt Soziale Marktwirtschaft. Und man hört in diesem Spannungsbegriff immer nur Marktwirtschaft, jedenfalls in einigen Diskursen oder bei einigen Stiftungen, die sich diesen Namen gegeben haben. Das Soziale in der Marktwirtschaft heißt, dass die Aussöhnung, der Beitrag von allen, gesehen und gefördert wird.

In den letzten Jahren war es vielleicht zu lange so, dass die Stimme für das Soziale immer nur einzelne Parteien oder die Gewerkschaften oder ver.di waren. Der politische Arbeitsauftrag für jede Regierung der Zukunft und der Gegenwart ist, den vollen Begriff des Sozialen und der sozialen Marktwirtschaft wieder anzuerkennen und die Problemlage, die wir im Moment haben, vollumfänglich zu sehen. Und wenn man das sieht, dann wird jede Regierung, die in Zukunft ihren Job richtig macht, für Einkommensverhältnisse arbeiten, die fair sind, für Steuerpolitik arbeiten, die Gerechtigkeit herstellt, für Anerkennungsverhältnisse arbeiten, die gute Arbeit sich lohnen lassen wird, und die mit diesen Maßnahmen dafür Sorge trägt, dass sich der Wohlstand in Deutschland erneuert. - Vielen Dank. Gute Resttagung! (Beifall)

Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender

Lieber Robert, ganz herzlichen Dank. Ich will sagen: Es ist gut, dass du gesprochen hast, und mir ist es auch wichtig, zu sagen, dass du in den vergangenen Monaten, wo es manchmal - ich nenne jetzt keine Namen - große betriebliche Schwierigkeiten in unserem Organisationsbereich gegeben hat, immer ansprechbar warst, wenn es darum ging, zu unterstützen und Rettungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Drei Punkte will ich kurz sagen. Wir sind die Gewerkschaft der Energiewirtschaft und der Netze und sind gleichzeitig eng verbunden mit der Klima- und Umweltbewegung. Heute waren Kolleginnen und Kollegen von Fridays for Future da und sind weiterhin da. Uns ist es wichtig, dass dieser Wechsel hin zu erneuerbaren Energien so organisiert wird, dass er tatsächlich sozial gerecht stattfindet. (Beifall) Im Koalitionsvertrag ist das Klimageld angelegt, um die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung - aus unserer Sicht sozial gestaffelt - an die Bevölkerung zurückzugeben. Wir werben dafür, dass auch du dieses Projekt vorantreibst, damit es nicht in den Schubladen verschwindet, sondern noch in dieser Legislatur aufgesetzt wird. (Beifall)

Einen zweiten Punkt will ich ansprechen, weil ich nicht möchte, dass da ein Missverständnis bestehen bleibt. Wir alle sehen die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen in der Industrie. Unsere Position ist auch nicht die, zu sagen, es ist nicht angemessen und sinnvoll, darüber nachzudenken, den Industriestrom auf einem bestimmten Niveau zu subventionieren. Unsere Position ist die, dass wir sagen, es kann doch nicht sein, dass gleichzeitig die Gaspreisbremse ausläuft und dass angesichts der Energiesituation bzw. der hohen Energiekosten in vielen sozialen Einrichtungen eine Notlage herrscht und dass die nicht gleichzeitig gesehen wird. (Beifall)

Der dritte Punkt - der treibt wirklich viele Kolleginnen und Kollegen um - ist nach der Entscheidung der Bundesnetzagentur vor dem Postgesetz die große Sorge, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, dass nämlich die Arbeitsbedingungen besser und fairer werden sollen, aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen und vielleicht auch der Setzung durch das Postgesetz ins Gegenteil verkehrt werden und dass es damit auch eine massive Bedrohung von Arbeitsplätzen gibt. Diese Sorge treibt unsere Kolleginnen und Kollegen um. Deshalb rufen wir auch für den 9. Oktober zu einer großen Kundgebung auf.

Sieh das als Ermutigung an, den Geist des Koalitionsvertrags dann auch im Postgesetz umzusetzen. Bei all den Projekten, die du geschildert hast, hast du uns immer an deiner Seite. (Beifall)

Wirtschaftsminister Dr. Robert Habeck unterschreibt die Resolution auf dem Podium. (Starker Beifall)

Felix Koop, Kongressleitung

Vielen Dank, Herr Dr. Habeck.

Wir setzen aus gegebenem Anlass - das Postgesetz ist ja gerade schon angesprochen worden - fort und rufen jetzt eine Resolution auf, die dem Bundeskongress vorgelegt wird: „Deutschland braucht ein neues Postgesetz“. Das Wort dazu hat Kathrin Michel. (Beifall) Sie möge bitte nach vorne kommen und von hier vorne aus den Resolutionsentwurf vorstellen. - Die Mitglieder des Bundesvorstands und Gewerkschaftsrats können der Diskussion dann auch weiterhin von hier vorne aus folgen.

Kathrin Michel, 777

Ich warte mal eben, bis ihr euch gesetzt habt. (Zurufe: Kathrin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt aus den Berichten von Frank, von Andrea und, heute kurz erwähnt, von Hubertus Heil das Thema Postgesetz vernommen. Ja, Deutschland braucht ein neues Postgesetz, braucht aber auch inhaltlich Sicherheit für die Beschäftigten und gute Arbeitsbedingungen. Das möchten wir hier heute noch einmal deutlich machen. Genau darum liegt euch jetzt diese Resolution vor, um sie dem hauptsächlich zuständigen Minister Herrn Robert Habeck als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz zu überreichen, verbunden mit der dringenden Bitte, die von uns darin inhaltlich benannten Themen im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen nicht nur zu lesen, sondern auch inhaltlich umzusetzen.

Wir bedanken uns für eure Unterstützung. Wer am 9. Oktober Zeit hat, uns Postlerinnen und Postler zu unterstützen: Ab 12.30 Uhr befinden wir uns hier in Berlin am Brandenburger Tor. - Danke. (Beifall)

Felix Koop, Kongressleitung

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Resolution. Wer der Resolution zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind viele. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe ebenfalls keine. Damit ist die Resolution einstimmig angenommen. Wir danken euch. (Beifall)

Wir machen jetzt mit der Antragsberatung weiter. Wir waren beim Antrag A 113. Die Empfehlung der Antragskommission war mehrheitlich abgelehnt worden. Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag A 113 in der eingereichten Fassung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. (Unruhe - Zurufe) Noch einmal zur Klarstellung: Es gab eine Empfehlung der Antragskommission. Diese Empfehlung der Antragskommission ist vom Bundeskongress abgelehnt worden. Ihr ist nicht gefolgt worden. Nach den Vorgaben, wie mit Anträgen zu verfahren ist, ist in dem Moment, in dem eine Empfehlung der Antragskommission abgelehnt wird, eine Abstimmung über den Antrag durchzuführen. Es sind keine Änderungsanträge und nichts an Änderungen mehr möglich. Es gibt nur noch die Möglichkeit, den Antrag in der vorliegenden Form anzunehmen oder abzulehnen.

Es gibt einen GO-Antrag.

(Zuruf: Ja, und zwar wollte ich euch bitten, das noch mal ganz konkret zu machen. Um mich herum sind die Kolleginnen und Kollegen etwas irritiert, denn auf der Folie steht immer noch „Nichtbefassung“ und sie haben die Sorge, dass sie der Nichtbefassung zustimmen würden. Danke schön!)

Nein, die Nichtbefassung war die Empfehlung der Antragskommission. Das hat der Bundeskongress vor der Unterbrechung abgelehnt. Deshalb kommen wir jetzt zu der Abstimmung über den Antrag A 113. Wer jetzt mit Ja abstimmt, stimmt für den Antrag in der vorliegenden Form, nicht für eine Empfehlung der Antragskommission. Das ist bereits vom Tisch. Wer mit Ja stimmt, ist für den Antrag, wie er hier eingereicht worden ist. Wer mit Nein stimmt, ist gegen den Antrag, wie er hier eingereicht worden ist. Eine Enthaltung ist natürlich auch möglich. Ich hoffe, das ist so weit klargeworden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind viele. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer enthält sich? - Es gibt einige Enthaltungen. Es gibt mehr Ja- als Neinstimmen. Damit ist der Antrag in der eingereichten Form angenommen. (Beifall)

Wir kommen zum nächsten Antrag, zu Antrag A 114. Die Antragskommission hat das Wort.

Nele Bark, Antragskommission

Der Antrag suggeriert, dass derzeit vorhandene Mitentscheidungsrechte der Mitglieder nicht oder nicht ausreichend vorhanden sind. Nichtsdestotrotz ist es aber so, dass dem nicht so ist. Wir finden schon, dass das inhaltlich behandelt werden muss, und empfehlen dementsprechend die Annahme als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand.

Felix Koop, Kongressleitung

Gut. - Das Wort zum Antrag A 114 hat die Delegierte Silvia Habekost mit der Delegiertenummer 129.

Silvia Habekost, 129

Eigentlich wollte ich abwarten, was die Begründung der Antragskommission ist, weshalb sie den Antrag auf Annahme als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand und nicht auf Annahme stellt. Ich muss sagen, die Begründung - - Eigentlich wollte ich meinen Redebeitrag zurückziehen, wenn ich die Begründung nicht mehr bräuchte. Aber ich habe das Gefühl, dass das, was du gerade gesagt hast, eine inhaltlich Begründung war, weshalb es als Arbeitsmaterial weiterzuleiten ist. Das finde ich irgendwie ein bisschen schräg, muss ich ehrlich sagen.

Dann würde ich jetzt doch dafür plädieren, dass dieser Antrag angenommen wird und nicht als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand gestellt wird, weil da genau die Sachen drinstehen, die die letzte TVÖD-Runde erfolgreich gemacht hat, die wir auch in der TV-L brauchen und die wir auch in den nächsten Flächentarifauseinandersetzungen brauchen. Dafür plädiere ich. (Beifall)

Felix Koop, Kongressleitung

Danke, Silvia. - Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Die Antragskommission hat noch einmal das Wort.

Nele Bark, Antragskommission

Vielleicht noch einmal zur Klarstellung: Es ist so, dass in dem Antrag durchaus richtige Aspekte drin sind, wo der Bundesvorstand auch noch einmal draufgucken muss. Es ist aber eben auch so, dass in diesem Antrag auch Aspekte drin sind, die jetzt schon geschehen, und das sozusagen eigentlich im Übermaß. Was wir nicht tun wollten, war, Dinge herauszustreichen, die theoretisch erledigt durch Praxis wären, weil sie schon geschehen. Deswegen haben wir uns für Annahme als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand entschieden. - Ich hoffe, es ist jetzt ein wenig klarer geworden.

Felix Koop, Kongressleitung

Vielen Dank. - Wir kommen dann zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zum A 114. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind sehr viele. Wer stimmt gegen die Empfehlung der Antragskommission? - Einzelne. Wer enthält sich? - Das sind ebenfalls Einzelne. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

#17.35#

Wir kommen dann zum Antrag A 120...